politische ökologie

25 JAHRE 1987-2012

Rohstoffquelle Abfall

Wie aus Müll Produkte von morgen werden

Juni 2012_30. Jahrgang_ISSN 0933-5722_B 8400 F

oekom verlag

Inhaltsverzeichnis

Auf Halde

Einstiege 12

Vom Recycling zur Mülllawine und zurück 17
Abfallproduktion und Wergwerfmentalität in Westdeutschland
Von Roman Köster

Der Blick in die Tonne

Im freien Wertverfall 24
Wachstumslogik und Müllproblematik
Von Marianne Gronemeyer

Auf Deponien, in Strudeln und Schornsteinen 30
Der lange Weg vom Müll zur Ressource
Von Heike Holdinghausen

Mehr Kreislauf bitte! 36
Novellierte Abfallpolitik in Deutschland
Von Hartmut Hoffmann

Nachschub für die imperiale Lebensweise 43
Die Rohstoffpolitik Deutschlands und der EU
Von Peter Fuchs

Zwei Länder, zwei Tonnen 48
Abfalldiskurs in Frankreich und Deutschland
Von Reiner Keller

Die Vermüllung der Welt

56 **Gebaut, um kaputtzugehen**
Geplante Obsoleszenz
Von Stefan Schridde

62 **Der deutsche Schrottplatz liegt in Übersee**
Export von Elektronikmüll
Von Knut Sander

67 **„Vertrauen wird am Ende der entscheidende Faktor sein"**
Entsorgung und Lagerung von Atommüll
Ein Interview mit Jochen Stay

71 **Die unsichtbare Hand**
Informelle Arbeit in der Abfallwirtschaft
Von Roland Linzner und Gudrun Obersteiner

Von Wertstoffen und Kreisläufen

78 **Vom Goldschürfen in der Stadt**
Urban Mining
Von Peter Kiefhaber

85 **Die Zauberhand allein wird's nicht richten**
Schonung der natürlichen Ressourcen
Von Benjamin Bongardt

92 **Nutzen statt besitzen**
Eine ressourcenleichte Konsumkultur
Von Gerd Scholl

97 **Der lange Weg in die Recyclinggesellschaft**
Kreislaufrisiken
Von Bernd Bilitewski

103 **Bauplan für die wiederverwertbare Warenwelt**
Nachhaltiges Design
Von Ursula Tischner

Impulse

Projekte und Konzepte 111

Medien 119

Spektrum Nachhaltigkeit

Teil 5 zum UN-Weltgipfel 2012 in Rio de Janeiro

Rio – kein Ort – nirgends? 124
Der Geist von 1992
Von Barbara Unmüßig

Kommunale Nachhaltigkeit 3.0 – die regenerative Stadt 128
Zwei Jahrzehnte Lokale Agenda 21
Von Sabine Drewes

Eurorettung braucht Green New Deal 132
Explodierende Öl- und Ressourcenpreise
Von Sven Giegold

Chancen und Grenzen 136
Weltweiter Emissionshandel
Von Felix Ekardt

Die Gier beenden 140
Ein nachhaltiges Geschäftsmodell für Deutschland
Von Ulrich Mössner

Rubriken

Editorial 7

Impressum 144

Vorschau 145

Explodierende Öl- und Ressourcenpreise

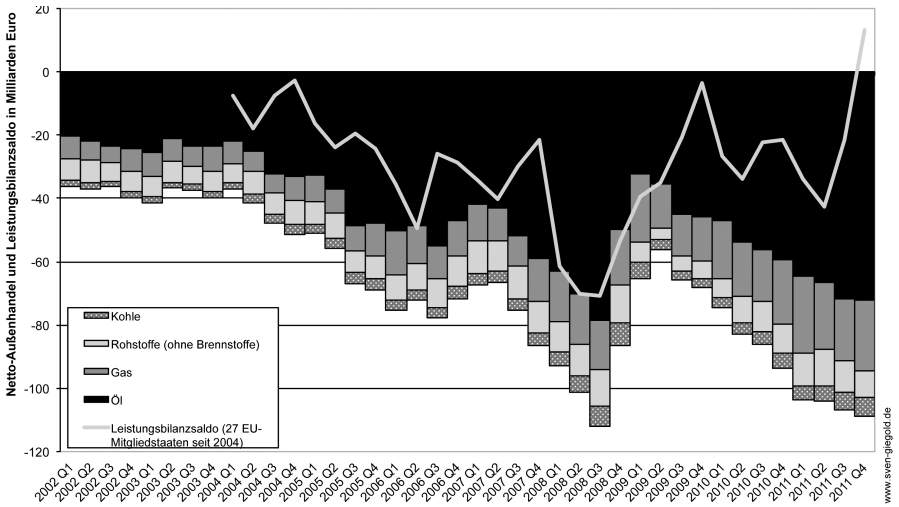
Eurorettung braucht Green New Deal

Von Sven Giegold

Schon bald müssen die EU-Mitgliedstaaten wieder genauso viel für den Import von fossilen Energieträgern und anderen nicht erneuerbaren Rohstoffen zahlen wie vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Verantwortlich dafür ist ein nicht nachhaltiges Wirtschaftsmodell, das auf hohe Ressourcenimporte angewiesen ist und empfindlich auf steigende Ressourcenpreise reagiert. Die Abhängigkeit macht nicht nur Unternehmen, Verbraucher(inne)n und der Umwelt zu schaffen, sie gefährdet auch die Stabilität der Eurozone. Denn die hohen Importkosten tragen entscheidend zu den Leistungsbilanzdefiziten bei, vereinfacht gesagt die Differenz von Exporten und Importen der Krisenländer, die sich für deren Finanzierung im Ausland verschulden müssen. Diesen Zusammenhang übersieht die Debatte um die Eurokrise leider meist.

Allein zwischen 2010 und 2011 haben die 27 EU-Länder 408 Milliarden Euro für Roh-

1 EU-27: Kosten für Ölimporte steigen dramatisch



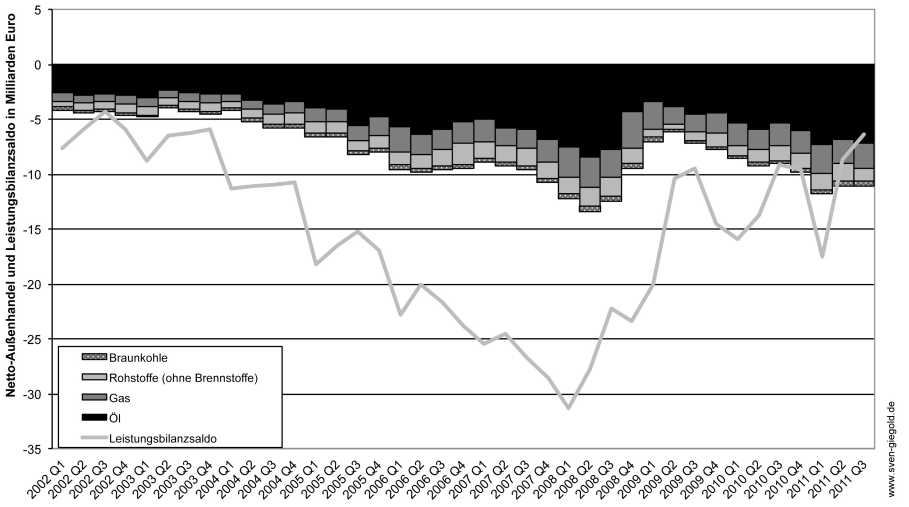
_ Quelle: www.sven-giegold.de

stoffimporte ausgegeben. Die Einfuhrmengen blieben konstant, doch die Preise insbesondere von Rohöl und Gas waren deutlich gestiegen (vgl. Abb. 1). Desgleichen in den Jahren seit 2002. Zwar gelang es, den Rohstoffeinsatz vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Die Mengen ließen sich jedoch nicht absolut reduzieren – was angesichts fehlender umweltpolitischer Anstrengungen auch wenig verwunderlich ist. Die derzeitigen Schuldenländer Irland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland leiden nun besonders unter steigenden Kosten für endliche Ressourcen, weil sie ihre Defizite ohnehin kaum beheben können. In den Krisenländern betrug der Anstieg der Rohstoffimportkosten zwischen 2009 und 2011 durchschnittlich über die Hälfte ihres aktuellen Leistungsbilanzdefizits. So hatte Spanien 2011 trotz Rezession ein Leistungsbilanzdefizit von 6,39 Milliarden Euro (vgl. Abb. 2). Davon gehen allein 4,03 Milliarden Euro oder 63 Prozent auf den Anstieg der Rohstoffimportkosten seit 2009 zurück. Im zweiten entscheidenden Eurokrisenland Italien lag das entsprechende Defizit bei 8,21 Milliarden Euro, wovon 56 Prozent durch die gestiegenen Ressourcenimportkosten zu erklären sind. In Frankreich waren es im gleichen Zeitraum 65 Prozent und in Portugal 39 Prozent. Die Schuldenländer lebten nicht nur einfach über ihre Verhältnisse, sondern insbesondere über ihre ökologischen Verhältnisse.

Löhne erhöhen, Emissionen senken

Exportmusterland Deutschland verbuchte von 2010 bis 2011 einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von knapp 141 Milliarden

2 Spanien: Starke Korrelation zwischen Auslandsverschuldung und Importkosten



_ Quelle: www.sven-giegold.de

Euro. Allerdings musste die Bundesrepublik gleichzeitig gut 108 Milliarden Euro für den Import von Öl, Gas und anderen endlichen Rohstoffen aufwenden. Von einer Korrektur des hohen Leistungsbilanzüberschusses ist bislang wenig zu sehen, obwohl er einer der markantesten Ungleichgewichte in der Eurozone darstellt. Der Überschuss wuchs von 2009 bis 2011 von 25 auf 30 Milliarden Euro. Gleichzeitig stiegen die Rohstoffimportkosten von 19 auf 29 Milliarden Euro. Somit waren es die Öl- und Rohstoffpreise, die noch höhere deutsche Überschüsse verhinderten. Indes war von Lohnerhöhungen oder Investitionen nicht viel zu bemerken. Dabei könnte eine soziale und ökologische Wirtschaftspolitik helfen, die deutsche Leistungsbilanz auszugleichen, und wäre auch im Interesse des Landes: Die Niedriglohnbeschäftigung zu beschränken wäre sozial gerecht. Und höhere Investitionen in den ökologischen Umbau würde das Land dem erklärten Ziel der Nachhaltigkeit näher bringen.

Die Grünen in Europa schlagen vor, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen mit einem Green New Deal zu überwinden. Ihr Maßnahmenpaket zur ökologischen und sozialen Transformation der Wirtschaft umfasst die Regulierung der Finanzmärkte, eine Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich sowie die Ankurbelung der Energiewende durch Investitionen in Erneuerbare und in Energie- sowie Rohstoffeffizienz, durch ökologische Steuern, den Abbau umweltschädlicher Subventionen, ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Begrenzung des Umweltverbrauchs und vieles mehr. (1) Um zu verhindern, dass all diese Maßnahmen nicht durch Rebound- und ähnliche Effekte ihrer erhofften ökologischen Wirkung beraubt werden, sind die Emissionsziele für Treibhausgase deutlich zu verschärfen. Die EU sollte sich als Vorreiterin verpflichten, die eigenen Emissionen 2020 gegenüber 1990 nicht nur wie bislang zugesagt um 20, sondern um 30 Prozent zu senken.

EU-Gelder fließen in Straßenbau und Bettenburgen

Bei den Konjunkturprogrammen 2008/2009 hat die große Koalition in Deutschland die Chance zur grünen Transformation verpasst. Anstatt in Zukunftssektoren wurde in großem Maßstab in die Abwrackprämie für neue Autos investiert. In anderen EU-Ländern sah es nicht anders aus. Jetzt kommen endlich Investitionsprogramme in den Eurokrisenländern in Gang. Erstens soll die Europäische Investitionsbank mehr Eigenkapital erhalten. Zweitens sollen EU-Projektbonds Infrastrukturmaßnahmen finanzieren. Und drittens werden nun die Gelder aus der EU-Regionalpolitik freigesetzt, die gerade die Krisenländer bislang nicht verwenden konnten, weil sie sich die vorgeschriebene Kofinanzierung nicht leisten können. Doch zukünftig wird auf die Kofinanzierung in den am schlimmsten gebeutelten Eurokrisenländern verzichtet.

Ein einseitiges Sparen zieht Spanien, Portugal und Griechenland immer tiefer in die Wirtschaftskrise. Schon jetzt ist die Zunahme an Armut und Arbeitslosigkeit unerträglich. Wir dürfen nicht zulassen, dass die neuen europäischen Programme wie viele EU-Strukturfondsgelder in Straßenbau, Flughäfen und Bettenburgen fließen. Leider sind die Grünen im Europaparlament an Konser-

vativen, Sozialdemokrat(inn)en und Liberalen mit einer Initiative gescheitert, die Verwendung der freigesetzten EU-Gelder klar ökologisch zu qualifizieren.
Die Auseinandersetzung darum, wie die europäischen Gelder zur Stützung der Krisenländer eingesetzt werden, muss also weitergehen. Hier könnten sich auch die Umweltverbände noch stärker einmischen. Denn eine keynesianische Wachstumspolitik nach altem Muster wäre nicht nur ökologisch schädlich, sondern würde die ökonomischen Probleme der Eurozone durch die hohen Öl-Importkosten weiter verschärfen.

Anmerkung

(1) Im Frühjahr 2012 erschien das Arbeitspaper „Eurorettung nur mit Green New Deal". Download unter www.sven-giegold.de

Zum Autor

Sven Giegold, geb. 1969, ist finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament.

Kontakt

Sven Giegold
E-Mail sven.giegold@gruene-nrw.de